

SAVE THE DATES!

22.02. DEBATTE IM BUNDESTAG

23.02. KONFERENZ ZUM
§ 219a

08.03. PRO-CHOICE BLOC
auf dem F*KT

22.09. AKTIONSTAG
Brandenburger Tor



MACH MIT!

Infos zur Kampagne

Die Verurteilung der Ärztin Kristina Hänel im November 2017 hat zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte über die Kriminalisierung von Ärzt*innen, Beratungsstellen und Einzelpersonen, die Informationen zum Thema Schwangerschaftsabbruch zur Verfügung stellen, geführt.

Jetzt haben wir die Gelegenheit, die Streichung des Paragraphen zu erreichen und die Debatte über § 218 StGB wieder neu zu führen.

Dies wäre eine politische Niederlage für die neu in den Bundestag eingezogene AfD und ein großer Schritt vorwärts im Kampf für sexuelle und körperliche Selbstbestimmung.

Mehr Informationen gibt es auf
www.sexuelle-selbstbestimmung.de

KONTAKTIER UNS!

Mehr Informationen zur Kampagne
Weg mit § 219a gibt es unter
www.sexuelle-selbstbestimmung.de

Per Mail erreichst Du uns unter
info@sexuelle-selbstbestimmung.de
oder auch auf

facebook.com/PRO.Familienplanung
Twitter @ProChoice_DE oder Instagram.



V.i.S.d.P.: Stefan Nachtwey, Balance, Mauritiuskirchstraße 3, 10365



KOMM VORBEI!

Du möchtest uns bei unserer Kampagne unterstützen?

Dann komm bei unseren Bündnistreffen vorbei und bringe Deine Fähigkeiten in unseren Arbeitsgruppen ein und am besten noch ein paar Freund*innen mit!

Mach unsere Kampagne in Deinem Umfeld bekannt: Teile sie auf Facebook, Twitter, Instagram und Co!

#wegmit219a

Ihr könnt bei uns Plakate, Aufkleber und Flyer bestellen! Es gibt einen digitalen mobi-KIT und eine Anleitung zur Fotoaktion.

RECHT AUF

INFORMATION ZUM SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH



**WEG MIT
§ 219a !**

§ 219a - UNRECHT DAMALS WIE HEUTE!

Hintergrund des Paragraphen 219a ist die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik.

Das „Werbeverbot“ wurde erst im Zuge der ersten nationalsozialistischen Strafrechtsreform im Mai 1933 als neuer Tatbestand eingeführt.

Heute wird der Paragraf von fundamentalistischen Abtreibungsgegnern genutzt, um Ärzt*innen anzuzeigen und einzuschüchtern.



GEGEN DIE ENTMÜNDIGUNG VON FRAUEN*!

Dass Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch in den §§ 218 und 219 StGB behandelt wird, zeigt:

Frauen* wird die Entscheidungshoheit über ihren Körper und ihr Leben abgesprochen und die Fähigkeit, darüber als mündige Bürgerinnen zu entscheiden.

KEINE BEVOR- MUNDUNG!



FÜR EINE SELBSTBESTIMMTE ENTSCHEIDUNG!

Die §§ 218 und 219 StGB behindern Schwangere in ihrem Recht auf eine selbstbestimmte Entscheidung.

Insbesondere § 219a verwehrt ihnen, sich frei und unabhängig zu informieren.

Dies ist aber für eine informierte Entscheidung notwendig – sowohl für als auch gegen eine Schwangerschaft.

RECHT AUF INFORMATION ZUM SCHWANGERSCHAFTS- ABBRUCH



~~§ 219a~~